

Informationsvorlage

Bereich | Amt
Haushaltsabteilung
Verfasser/in
Nota, Jennifer

Vorlagen-Nr.
200/03/2026
Aktenzeichen
20 22 16

Anlagedatum
19.01.2026

Beratungsfolge

Gremium	Sitzungstermin	Öffentlichkeit	Zuständigkeit
Gemeinderat	16.07.2026	Ö	Kenntnisnahme

N = nichtöffentliche Sitzung, Ö = öffentliche Sitzung

Verhandlungsgegenstand

Information über den Haushaltsverlauf 2026 (1)

Erläuterungen

Haushaltsjahr 2026

Haushalt allgemein 2026

Der am 11. Dezember 2025 verabschiedete Haushalt 2026 beruht auf den damaligen Prognosen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen der Bundesrepublik Deutschland. Basierend auf den Steuerschätzungen des Jahres 2025 für das Jahr 2026 und dem Haushaltserlass des Landes 2026 konnte kein positiver Haushalt verabschiedet werden. Der geplante Fehlbetrag für das Jahr 2026 beläuft sich auf – 3.348.650 € (Vorjahr: + 2.411.750€).

Gegenüber dem Planungsjahr 2025 konnten Ertragssteigerungen in Höhe von + 6,4 Mio. Euro eingeplant werden. Hierbei ist die größte Steigerung der Planzahlen im Bereich der Schlüsselzuweisungen des Landes + 2,5 Mio. Euro aufgrund aktualisierter Orientierungsdaten zu verzeichnen. Die geplanten Aufwendungen steigen gegenüber dem Vorjahr jedoch um + 12,2 Mio. Euro. Die größte Aufwandssteigerung lässt sich bei den Transferaufwendungen in Höhe von + 8,0 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr erkennen. Die dazugehörigen Mehraufwendungen resultieren aus der Erhöhung der Finanzausgleichsumlage sowie Landkreisumlage bedingt durch die Zweijahressystematik des FAG, bei welchem die Steuerkraftsumme 2026 aufgrund eines starken Steuerjahres 2024 (gegenüber 2023) zu erhöhten Aufwendungen im Jahr 2026 führt.

Mit Stand vom 23.06.2026 sind im Ergebnishaushalt von den planmäßigen Erträgen in Höhe von 110.983.150 € ca. 68.287.270 € (62 %) vereinnahmt worden. Von den planmäßigen Aufwendungen in Höhe von 114.331.800 € wurden 63.047.192 € (55 %) tatsächlich ausgegeben und inklusive bereits vergebener Aufträge über 76.438.450 € (67 %) verfügt.

Haushalt allgemein Finanzplanungsjahre 2027 - 2029

In den Finanzplanungsjahren 2027-2029 stagnieren die Erträge während die Aufwendungen, insbesondere im Bereich Personal sowie bei den Transferaufwendungen stark ansteigen. Somit kann in den mittelfristigen Jahren kein ausgeglichenes ordentliches Ergebnis veranschlagt werden. Das geplante Defizit im Jahr 2027 beträgt - 3,3 Mio. Euro. Bis zum Jahr 2029 erhöhen sich die veranschlagten

Defizite, so dass im Jahr 2029 mit einem ordentlichen Ergebnis von -9,0 Mio. Euro gerechnet werden muss. Da die Aufwandsseite stark von externen Faktoren (bspw. Tarifabschlüsse, Kreisumlagehebesatz etc.) geprägt ist, werden Konsolidierungen zunehmend schwieriger.

Budget 090, Allgemeine Deckungsmittel

Das derzeitige Gewerbesteueraufkommen 2026 beläuft sich zum Stichtag 30.06.2026 auf 13.640.000 € und liegt somit 960.000 € unter dem Haushaltsansatz von 14.600.000 €.

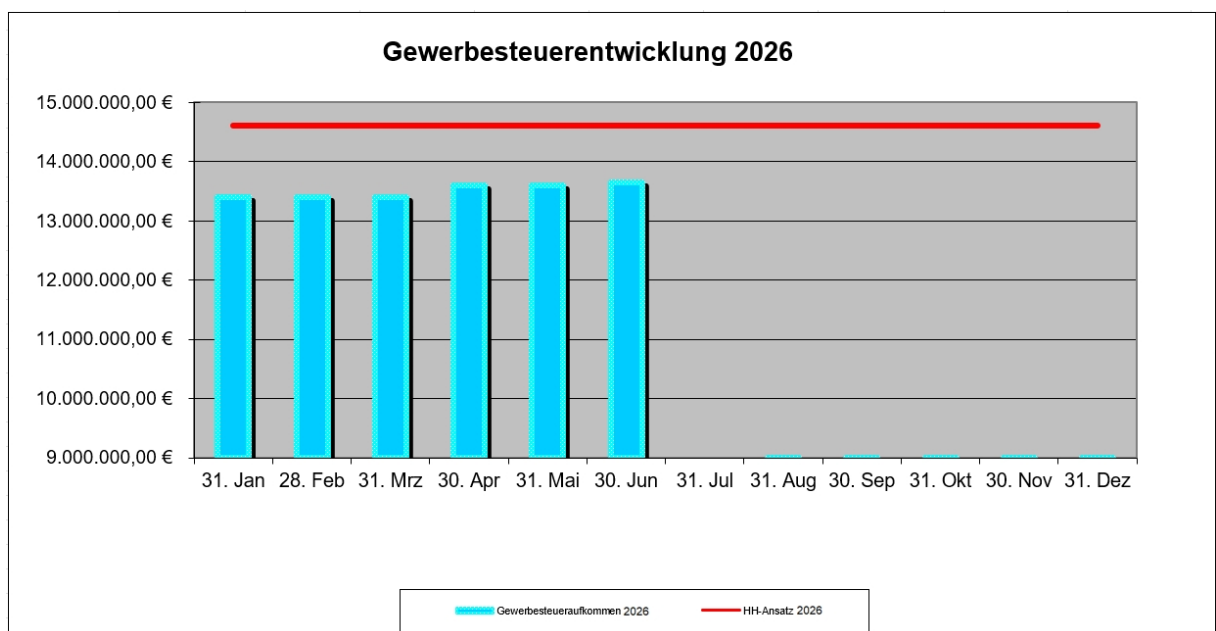
Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage (Plan 1.277.500 € - Stichtag 30.06.2026 1.193.500 €) schließt die Position derzeit mit 12.446.500 € netto ab. Gegenüber dem Planansatz von 13.322.500 € (netto) ergibt dies einen Minderertrag von derzeit rund

- 876.000 €

Aufgrund der Entwicklung der letzten Monate geht die Verwaltung davon aus, dass zum Jahresende der Ansatz i.H.v. 14.600.000 € um ca. nicht erreicht wird.

- 1.000.000 €

Der Jahresverlauf ist aus nachfolgender Grafik ersichtlich.



Anfang Mai 2026 wurden die aktualisierten Steuerschätzungen zur Verfügung gestellt. Hierbei wurde darauf hingewiesen, dass eine Aktualisierung der Orientierungsdaten (u.a. Entwicklung der Pro-Kopf-Beträge) erst im weiteren Verlauf des Jahres 2026 vorgenommen wird. Aufgrund der Mai-Steuerschätzung ergeben sich voraussichtlich folgende Veränderungen gegenüber den Ansätzen aus der Haushaltsplanung 2026:

Die Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich werden ihren Planansatz in Höhe von 32.751.900 Euro voraussichtlich erreichen.

Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist bei einem Planansatz von 27.489.300 € aufgrund der Mai-Steuerschätzung 2026 bis zum Jahresende mit einem Minderertrag in Höhe von rund - 319.500 € zu rechnen.

Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer wird der Planansatz von 3.105.300 € voraussichtlich um + 10.900 € überschritten.

Beim Familienleistungsausgleich wird der Planansatz von 2.152.500 € voraussichtlich erreicht.

Die Vergnügungssteuer wird zum Ende des Haushaltsjahres voraussichtlich den Planansatz in Höhe von 1.200.000 € erreichen.

Die übrigen Steuereinnahmen und Umlagen verlaufen in etwa planmäßig.

Zwischensumme - 1.308.600 €

Budget 010, Hauptamt

Im Budget des Hauptamtes liegen die Schwerpunktaufgaben bei der allgemeinen Verwaltungssteuerung, der stetigen Abwicklung von personellen Vorgängen, der Organisation und Durchführung diverser Projekte sowie der Betreuung der EDV-Anlagen.

Die meisten Positionen der einzelnen Teilbudgets des Hauptamts verlaufen planmäßig. Lediglich im Bereich der Benutzungsgebühren für die Bäder sowie der Zuweisungen für diverse Zwecke ergeben sich Differenzen, da die Erträge noch erwartet werden.

Auf der Aufwandseite werden noch verschiedene Anschaffungen in den einzelnen Teilbudgets getätigt.

Insgesamt kann nach derzeitigem Stand davon ausgegangen werden, dass das Budget planmäßig abschließen wird.

Budget 020, Stadtkämmerei

Die zum Jahresbeginn fälligen Ansätze für Steuern, Versicherungs- und Schadensfälle wurden bereits überschritten. Hier kann allerdings nicht gegengesteuert werden.

Die Konzessionsabgaben für die Strom- und Gasversorgung wurden bereits vollumfänglich eingenommen. Seitens der Stadtwerke konnte die erforderliche Mindestgewinnberechnung für die Auszahlung der Konzessionsabgabe für die Wasserversorgung aus den Jahren 2024 und 2025 noch nicht durchgeführt werden. Diese Einnahmen stehen entsprechend noch aus.

Zum jetzigen Stand kann davon ausgegangen werden, dass das Budget der Haushaltsabteilung in Summe planmäßig abschließen wird.

Die Aufgabenerfüllung im Bereich des Stadtwaldes verläuft aktuell planmäßig. Es wurden bei den Holzverkäufen bisher 68 % der geplanten Einnahmen erzielt. Auf der Ausgabenseite wurden 42 % der geplanten Ausgaben getätigt.

Er wird erwartet, dass sich die Erträge und Aufwendungen durch die Konzessionsgaben der Wasserversorgung ausgleichen. Da auf die Entwicklung des bereits überschrittenen Ansatzes für Aufwendungen für Schadensfälle kein unmittelbarer Einfluss genommen werden kann, ist diese weiterhin aufmerksam zu beobachten.

Budget 032, Amt für öffentliche Ordnung

Auf der Ertragsseite verlaufen die Einnahmen durch Bußgelder derzeit nicht planmäßig. Der Ansatz der Bußgelder wird voraussichtlich um 400.000 € nicht erreicht.

Dies resultiert vermutlich aus den Gewöhnungseffekten in der Bevölkerung. Weiter verlaufen die Einnahmen durch Parkgebühren rückläufig.

Auf der Aufwandsseite verlaufen die Aufwendungen planmäßig.

Aufgrund der eingetretenen Mindereinnahmen im Bereich der Bußgelder ist davon auszugehen, dass das Budgetergebnis des Amtes in diesem Jahr negativ ausfallen wird.

Budget 041, Kulturamt

Im Teilbudget kulturelle Angelegenheiten liegen die Schwerpunkte auf der Durchführung des Veranstaltungsprogramms sowie der Förderung der Musikschule und der Volkshochschule.

Auf der Ertragsseite werden sämtliche Einnahmen für Veranstaltungen im Laufe des Jahres vermutlich noch eingenommen. Diese Einnahmen sind jedoch nicht vollständig beeinflussbar, da sie abhängig von der Anzahl der Besuchenden von Veranstaltungen sind.

Auf der Aufwandsseite wurden bereits einige Zuschusszahlungen an Musikvereine sowie an die Volkshochschule getätigt.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass das Teilbudget kulturelle Angelegenheiten planmäßig abschließen wird.

Aus Sicht der Stadtkämmerei verläuft das Teilbudget Stadtbibliothek zum Stichtag planmäßig.

Budget 050, Amt für Familie, Jugend und Senioren

Der Ausbau der Kleinkindbetreuung, die Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen und die vielfältigen Tätigkeiten in der Jugend- und Seniorenarbeit stellen die Schwerpunktaufgaben des Budgets dar.

Auf der Ertragsseite stehen noch Einnahmen durch Teilzahlungen der FAG-Zuweisungen aus.

Auf der Aufwandseite erfolgen die Auszahlungen wie beispielsweise die Zuschüsse an diverse soziale Einrichtungen planmäßig. Im Budget kann mit Rückzahlungen von geleisteten Betriebskostenzuschüssen an externe Träger i.H.v. rund 500.000 € gerechnet werden. Diese Summe resultiert aus der Differenz zwischen den Abschlagszahlungen, die getätigt wurden und den tatsächlichen Kosten, die die externen Träger hatten.

Durch Anlaufverzögerungen bei neuen Angeboten kommt es zu quantitativen Einschränkungen in der Betreuung. Dies zieht teilweise einen Ausfall bei den Benutzungsgebühren nach sich. Die Einnahmenausfälle bewegen sich allerdings derzeit in einem geringen Umfang, weshalb nicht mit einer Gefährdung des Gesamtbudgets gerechnet werden kann.

Budget 060, Stadtbauamt

Im Budget des Stadtbauamts liegen die Schwerpunktbereiche bei der Stadtplanung und -entwicklung, den Sanierungen und der Unterhaltung der Grünanlagen sowie der Friedhofsverwaltung.

Auf der Ertragsseite können viele Einnahmen erst generiert werden, wenn die Entwicklungsplanungen fortgeschrieben werden. Ebenso können Erträge wie Einnahmen aus Bußgeldern für z.B. Bauverstöße nicht beeinflusst werden. Des Weiteren verläuft die Entwicklung der Einnahmen durch Verwaltungsgebühren derzeit negativ. Im Laufe des Haushaltjahres muss diese Einnahme-Position aufmerksam beobachtet werden.

Die Einnahmen des Gutachterausschusses liegen jedoch bereits zum jetzigen Zeitpunkt über den Planansatz. Derzeit ist die Neufassung der Gebührensatzung geplant, welche noch dieses Jahr in Kraft treten soll. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass auf dieser Position ein Mehrertrag i.H.v. 100.000 € gegenüber dem Ansatz erzielt werden kann.

Die Aufwandsseite verläuft im Wesentlichen ohne weitere Abweichungen. Die Flurbereinigung „Degerfelden Wald“ wird voraussichtlich nicht weitergeführt werden, wodurch der Planansatz der Aufwendungen nicht vollumfänglich ausgeschöpft wird. Hier können Einsparungen i.H.v. 100.000 € realisiert werden.

Die Friedhofsverwaltung wird ebenfalls planmäßig abgewickelt.

Budget 066, Amt für Straßen und Tiefbau

Im Budget des Amtes für Straßen und Tiefbau liegt der Schwerpunktbereich in der Unterhaltung der Verkehrsinfrastruktur.

Sowohl die Ertrags-, als auch die Aufwandsseite werden im planmäßigen zeitlichen Rahmen abgewickelt.

Auf der Ertragsseite werden noch Zuweisungen von Bund und Land für den Straßenausbau-/unterhalt eingehen. Des Weiteren stehen noch Einnahmen aus Verwaltungsgebühren aus.

Auf der Aufwandseite werden planmäßig noch weitere Zahlungen für u. a. die Unterhaltung der Straßen geleistet. Aufgrund des häufigen Schneefalls zu Beginn des Jahres mussten u. A. mehr Aufwendungen für den Winterdienst (Streusalz etc.) geleistet werden. Daher ist mit einer Verschlechterung von ca. 60.000 € zu kalkulieren.

Nach aktuellem Stand ist der Budgetabschluss des laufenden Jahres nicht wesentlich gefährdet. Die Erträge und Aufwendungen bewegen sich innerhalb des erwarteten Rahmens.

Budget 070, Stadtmarketing und Tourismus

In diesem Budget werden ausschließlich die Personalaufwendungen für die Wirtschaftsförderung und Standortentwicklung Rheinfelden (Baden) GmbH ausgewiesen. Die Abwicklung verläuft planmäßig.

Budget 080, Gebäudemanagement

Im Budget des Gebäudemanagements liegen die Schwerpunkte in der Bereitstellung, Bewirtschaftung und Unterhaltung der bebauten Grundstücke und baulichen Anlagen, insbesondere Verwaltungs-Wohn- und Schulgebäude, Kindertageseinrichtungen, Kultur- und Jugendeinrichtungen, Bäder und Friedhöfe.

Der Erledigungsstand der meisten Ertragspositionen kann nicht anhand der Jahreszeit beurteilt werden. So erfolgt bspw. die interne Verrechnung der Kosten für die Flüchtlings- und Obdachlosenunterbringung zwischen dem Amt für öffentliche Ordnung und Gebäudemanagement erst Ende des Jahres.

Hinsichtlich der Aufwandseite wurden im letzten Jahr mehr Mittelbindungen übertragen, als Budget zur Verfügung stand. Dadurch hat sich bereits zu Jahresbeginn das aktuelle Budget für die Aufwendungen verringert. Die Maßnahmen wurden entsprechend auf die nötigsten Arbeiten reduziert. Maßnahmen, die begonnen wurden, werden planmäßig abgeschlossen.

Mit der Reduzierung von Maßnahmen wird angestrebt den Budgetabschluss nicht zu gefährden.

Budgets der Schulen, Ortschaften, Stabsstellen und des Amtes für Revision

Diese 22 Budgets werden aufgrund ihrer im Verhältnis zum Gesamthaushalt finanziell untergeordneten Bedeutung nicht gesondert erläutert. Gesamthaft betrachtet erfolgt dort die Budgetabwicklung planmäßig.

Summe der Veränderungen gegenüber dem Haushaltsplan

-1.068.600 €

In der obigen Aufstellung sind nur diejenigen Veränderungen enthalten, die bereits eingetreten sind oder wahrscheinlich bis zum Jahresende eintreten werden. Es werden im weiteren Jahresverlauf zusätzliche Schwankungen auftreten. Die einzelnen Beträge können aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht beziffert werden. Die Verwaltung geht davon aus, dass sich diese Schwankungen insgesamt ausgleichen.

Investitionen:

In der beigefügten Anlage 1 ist eine Übersicht der größten Abweichungen (Abweichung 100.000 € von den Planansätzen) beigefügt. In der beigefügten Anlage 2 ist der Erledigungsstand der wesentlichen Investitionsmaßnahmen 2026 aufgeführt, welche im Zuge der Haushaltsplanung durch den Gemeinderat festgelegt wurden.

FAZIT:

Zum 01.07.2026 wurden 62 % der geplanten Erträge vereinnahmt. Auf der Aufwandsseite wurde dagegen 55 % des Planansatzes verausgabt und inklusive erfolgter Auftragsvergaben schon über 67 % der Mittel verfügt. Im Vergleich zum Stichtag des Vorjahres ist bei den Werten ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist zum Stichtag das erste Quartal des Haushaltsjahres vereinnahmt worden, weshalb hier noch mit Erträgen in Höhe von ca. 20,2 Mio. € gerechnet werden kann. Insgesamt wird dieser Posten nach der Mai-Steuerschätzung voraussichtlich mit Mindererträgen in Höhe von - 319.500 € abschließen.

Bei den Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich kann davon ausgegangen werden, dass die Erträge innerhalb des Planungsrahmens eingenommen werden. Es wird auch davon ausgegangen, dass der Planansatz der Vergnügungssteuer in Höhe von 1.200.000 € erreicht wird.

Derzeit wird davon ausgegangen, dass sich das ordentliche Ergebnis gegenüber der Planung verschlechtern wird und Maßnahmen zur Sicherung des Haushalts ergriffen werden müssen.

Die Verwaltung wird in der Gemeinderatssitzung am 16.07.2026 ausführlich auf den Haushaltsverlauf inklusive der Entwicklung der mittelfristigen Finanzplanung eingehen und mögliche Maßnahmen zur Sicherung des Haushalts präsentieren.

Die Stadtkämmerei wird im Oktober detaillierter über den voraussichtlichen Jahresabschluss berichten.

Die liquiden Mittel der Stadt Rheinfelden (Baden) sind stetig zu beobachten. Diese werden aufgrund der wirtschaftlichen Lage sowie der Vielzahl anstehender und zukunftsweisender Projekte und Maßnahmen in den kommenden Jahren vollständig in Anspruch genommen werden müssen.

Folglich muss auf bei der Stadt Rheinfelden (Baden) klar sein, dass der mittelfristig zur Verfügung stehende Finanzrahmen für neu hinzukommende Projekte auf ein deutlich niedrigeres Niveau als bisher sinken wird und die Mittel nach der mittelfristigen Finanzplanung im Finanzplanungszeitraum bis 2029 auch unter Berücksichtigung von den geplanten Haushaltseinsparungen, komplett aufgebraucht sein werden. Diese Thematik wird wieder insbesondere in der Haushaltsplanerstellung für das Haushaltsjahr 2027 mit besonderem Augenmerk bearbeitet.

2. EIGENBETRIEBE

Bürgerheim:

Der Plan-Ist-Vergleich zum 31.05.2026 weist einen anteiligen Jahresfehlbetrag in Höhe von 477.156,43 Euro aus. Damit liegt er zum Stichtag rund 49.800 Euro über dem geplanten anteiligen Jahresfehlbetrag von 427.395,82 Euro.

Die Belegung liegt mit durchschnittlich 99,47% leicht über der Planvorgabe von 99%. Mit Fertigstellung des neuen Gebäudeteils A1 im vergangenen Herbst haben die Bewohnenden des bisherigen Gebäudeteils E die drei Wohnbereiche vom Erdgeschoss bis ins 2. Obergeschoss bezogen. Parallel zum Rohbau A2, also dem Ersatzneubau Haus E, läuft im 2. Obergeschoss des Bestandsgebäudes B-Süd die Ertüchtigung und Sanierung des Wohnbereichs einschließlich der Bewohnerzimmer. Mit Inbetriebnahme des Wohnbereichs im 3. Obergeschoss von A1 konnte die maximale Belegungszahl von 130 auf 133 Bewohnende erhöht werden. Dazu zählt auch ein Kurzzeitpflegeplatz.

Die Erträge aus Pflegeleistungen liegen zum 31.05.2026 um rund 44.900 Euro unter dem anteiligen Planansatz. Ursache hierfür ist ein leicht unterdurchschnittlicher Pflegegradmix. Außerdem wurden Höhergradierungen der Pflegestufe teilweise bereits zugesprochen, jedoch noch nicht umgesetzt, oder das Verfahren läuft noch.

Die Erträge aus nichtöffentlicher Förderung liegen zum Stichtag 31.05. um rund 51.500 Euro unter dem anteiligen Planansatz. Dies ist auf Abweichungen gegenüber den zugrunde gelegten Basisdaten

aus der Wirtschaftsplanung zurückzuführen. Zum Zeitpunkt der Wirtschaftsplanung wurde davon ausgegangen, dass der vorläufig verhandelte Investitionskostenersatz von 30 Euro pro Tag mit Baufortschritt sukzessive für alle Bewohnenden gilt, bis der endgültige Satz auf Grundlage der tatsächlich angefallenen Investitionskosten im Jahr 2028 verhandelt werden kann. Mit den Kostenträgern konnte zunächst jedoch nur eine Vereinbarung für den 1. Bauabschnitt getroffen werden. Das bedeutet, dass die Bewohnenden von B-Süd, deren Wohnbereiche und Bewohnerzimmer im Laufe dieses Jahres bereits ertüchtigt und saniert werden, noch nicht von der Vereinbarung zum vorläufig verhandelten Investitionskostenersatz von 30 Euro pro Tag erfasst werden. Hierfür wird 2027 nach Abschluss des 2. Bauabschnitts eine gesonderte Vereinbarung getroffen.

Bei den Erträgen aus Rückvergütungen, Erstattungen und Sachbezügen ergibt sich zum 31.05.2026 ein Defizit von rund 82.400 Euro gegenüber dem anteiligen Plan. Ursache hierfür sind Mindererträge aus dem Blockheizkraftwerk sowie zeitliche Verzögerungen bei der Abrechnung von Rückvergütungen und Erstattungen.

Auf der Aufwandsseite fallen insbesondere die Personalaufwendungen auf. Diese liegen zum 31.05.2026 mit rund 138.600 Euro unter dem anteiligen Planansatz. Verursacht werden diese Minderaufwendungen überwiegend durch günstigere Nachbesetzungen sowie Verschiebungen im Personalschlüssel.

Mehraufwendungen sind zum 31.05. bei den Lebensmitteln und Getränken in Höhe von rund 12.500 Euro entstanden. Diese Abweichung resultiert zum einen weiterhin aus dem Wechsel zur neuen Verpflegungsform im Oktober 2025 und zum anderen aus den anhaltenden Preissteigerungen, die das Erreichen der kalkulierten Planvorgaben erschweren. Um die Bedürfnisse der Bewohnenden weiterhin bestmöglich zu erkennen und zu berücksichtigen und gleichzeitig die betriebswirtschaftlichen Aspekte zu beachten, befindet sich das Verpflegungsangebot nach wie vor in einem Anpassungs- und Standardisierungsprozess. Dies zeigt sich auch bei den Aufwendungen für die Fremdleistungen in der Verpflegung. Diese sind unter der Position Wirtschafts- und Verwaltungsbedarf zusammengefasst und liegen zum Stichtag rund 12.800 Euro unter der Planvorgabe.

Insgesamt schließen die Aufwendungen im Bereich Wirtschafts- und Verwaltungsbedarf zum 31.05. mit rund 31.500 Euro unter dem anteiligen Planansatz ab. Neben den Aufwendungen für Fremdleistungen in der Verpflegung liegen zum Stichtag auch die Fremdleistungen für Reinigung, die Aufwendungen für Rechts- und Beratungskosten sowie für EDV leicht unter dem anteiligen Planansatz.

Weiterhin entstanden zum Berichtszeitpunkt gegenüber dem anteiligen Planansatz Minderaufwendungen bei den Aufwendungen für Verbrauchsgüter (Pfleagematerial) in Höhe von rund 4.300 Euro sowie bei den Aufwendungen für Mieten, Pachten und Leasing in

Höhe von rund 9.400 Euro. Es wird davon ausgegangen, dass die Planvorgaben für das Jahr 2026 eingehalten werden.

Mehraufwendungen sind zum 31.05.2026 gegenüber dem anteiligen Planansatz bei den schwer planbaren Aufwendungen für Instandhaltungen und Instandsetzungen in Höhe von rund 11.800 Euro entstanden.

Weitere ungeplante Aufwendungen sind zum Stichtag bei den außerordentlichen Aufwendungen für eine Nachzahlung aus dem Jahr 2024 für den Ausgleichsfonds für die Pflegeausbildung in Baden-Württemberg (AFBW) entstanden.

Der Liquiditätsplan für das Geschäftsjahr 2026 sieht ein Investitionsvolumen in Höhe von 9.179.600 Euro vor. Die größte Position bildet dabei die Umsetzung der Landesheimbauverordnung mit 9.125.000 Euro. Zum Stichtag 31.05.2026 wurden Investitionen in Höhe von insgesamt 2.122.159,98 Euro getätigt (Stand: 23.06.2026). Davon entfallen 2.108.184,95 Euro auf die Umsetzung der Landesheimbauverordnung. Der übrige Betrag wurde für Anschaffungen im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung verwendet.

Stadtwerke, Sparte Wasserversorgung:

Siehe Anlage 3, Stadtwerke_Information über den Haushaltsverlauf

Stadtwerke, Sparte Wärmeversorgung:

Siehe Anlage 3, Stadtwerke_Information über den Haushaltsverlauf

Abwasserbeseitigung:

Bei dem Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung entwickelt sich der Verlauf der Abwassererlöse planmäßig. Unsicherheiten bestehen insoweit, als die Ablesung der Wasserzähler bei den Tarifabnehmern erst zum Jahresende erfolgt und bis dahin lediglich Abschlagszahlungen eingenommen werden.

Das Unterhaltungsbudget des Kanalnetzes wurde zum Berichtsdatum lediglich zu 19,7 % verbraucht. Derzeit werden noch die Maßnahmen aus dem Jahr 2025 abgeschlossen. Die wesentlichen Maßnahmen im Wirtschaftsplan 2026 (insbesondere Kanalnetz Rheinfelden Ost/ Nordschwaben sowie die Kanalsanierung Partliner Herten sowie Schachtsanierung) werden voraussichtlich bis Ende des Jahres vergeben und begonnen werden.

Die Aufwendungen für die Betriebskostenumlage und die Leistungen der Technischen Dienste sowie die Zinsen für Fremdkredite liegen auf dem Planniveau.

Insgesamt sieht der Vermögensplan (einschließlich Mittelübertragungen aus 2025) für das Geschäftsjahr 2026 ein Investitionsvolumen in Höhe von insgesamt 6.184.574,88 € vor. Bis zur Berichtserstellung wurden davon 923.275,03 € umgesetzt.

Für die Aufstellung eines Generalentwässerungsplans in Adelhausen wurde das öffentliche Kanalnetz hydraulisch betrachtet und für die jeweiligen Haltungen die Auslastung geprüft. Dabei wurde deutlich, dass im Bereich der Ottwanger Str. und Rheintalstraße das Netz teilweise überlastet ist. Dies führt insbesondere bei Starkregen zur Überflutung der Straße. Aus diesem Grund wurde die Kanalleitung mit Dimensionierung der Halterungen erneuert.

Der erste Bauabschnitt in der Ottwanger Str. und Rheintalstraße wurde nun fertiggestellt und wird noch dieses Jahr schlussgerechnet. Bis zur Berichtserstellung wurden 181.767 € für diese Maßnahme ausgegeben.

Für den Kanalbau in der Nordschwabener Straße (Minseln) sind im Wirtschaftsplan 1.778.100 € vorgesehen. Für die Planungsleistungen und Bauleistungen wurden bis zur Berichtserstellung 593.998,87 € ausgegeben. Die Baumaßnahme wird derzeit umgesetzt und voraussichtlich im Jahr 2026 vollständig abgeschlossen werden.

Im Bereich des Hagenbacher Hofs sind 195.000 Euro für die Kanalanbindung im Jahr 2026 eingeplant. Derzeit läuft die Vergabe der Maßnahmen mit anschließender Umsetzung. Nach Einschätzung der Verwaltung, kann die Maßnahme voraussichtlich im Jahr 2026 fertiggestellt werden.

Die Sicherstellung der Abwasserentsorgung des Ortsteils Minseln, sowie die Verbesserung der Entwässerungssituation, bedingen die Erstellung eines Generalentwässerungsplans (GEP). Dieser ist mittlerweile fertiggestellt.

Die Gesamtbetrachtung ergab unter anderem die Notwendigkeit des Neubaus eines Regenüberlaufbeckens (RÜB) mit einem Gesamtrückhaltevolumen von 1200 cbm. Das jetzige RÜB verfügt über ein Gesamtvolumen von 130 cbm. Auch wird das neue RÜB so gebaut, dass durch einen stofflichen Rückhalt eine Vorreinigung des Abwassers vor Ableitung in den Dürrenbach erfolgt.

Weitere Rückhaltevolumen werden im Kanalnetz u.a. durch Rückstaukanäle geschaffen.

Derzeit laufen die Planungen für das Vergabeverfahren für das RÜB Minseln, das europaweit ausgeschrieben werden muss. Für das Jahr 2026 ist ein Ansatz von 925.000 Euro eingeplant. Für die Folgejahre sind im Jahr 2027 965.000 Euro und im Jahr 2028 7.100.000 Euro eingeplant.

Für das Jahr 2026 ist außerdem noch die Sanierung des RÜB Nordschwabens eingeplant. Hier fehlen jedoch noch finale Entscheidungen vom Landratsamt bzgl. der Auflagen zur Optimierung der Entwässerungsanlage. Diese Entscheidung wird noch im Jahr 2026 erwartet, im Anschluss wird mit den Planungen begonnen.

Anlagen:

Anlage 1: Übersicht über den Vollzug der Einzahlungen und Auszahlungen aus den Investitionstätigkeiten 2026

Anlage 2: Wesentliche Investitionsmaßnahmen 2026

Anlage 3: Stadtwerke_Information über den Haushaltsverlauf